

Ärztemangel? Das meinen unsere Politiker dazu

Abgeordnete zeichnen
ein differenziertes Bild /
Ein Allheilmittel weiß keiner



Foto: © sdecret - stockadobe.com

Wie ein Schwarzer-Peter-Spiel mutet die Diskussion um den Ärztemangel im Schwarzwald-Baar-Kreis an. Die Politik soll schuld an allem sein. Doch was sagen die Politiker in der Region dazu?

Schwarzwald-Baar-Kreis Laut Pressesprecher Kai Sonntag von der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg ist es letztlich alleine eine politische Regelung, die Abhilfe schaffen kann. Denn die Bedarfsplanung, die als Richtlinie letztlich regelt, wie viele Ärzte sich wo niederlassen dürfen, ist einst politisch geschaffen worden. Sind jetzt also die Politiker am Drücker?

Frei: keine strukturelle Schiefelage, aber immerhin ein Problem

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei sieht zwar keine »strukturelle Schiefelage«, aber immerhin ein Problem: »Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) betont zwar immer, dass es im Verhältnis von Ärzte- und Bevölkerungszahl genügend Mediziner im Kreis gibt. Dies mag mit Blick auf den gesamten Landkreis und die aktuellen Planungsmaßstäbe der Fall sein. Offensichtlich gibt es aber punktuelle Probleme, desto mehr man sich vom Oberzentrum entfernt.« Besonders in den Schwarzwald-Gemeinden sei die Lage schlechter und teilweise mit langen Fahrten zu den Ärzten verbunden – ein Problem für Ältere und weniger Mobile. »Das erfahre ich immer wieder auch bei meinen Gesprächen mit den Bürgermeistern des Wahlkreises, wenn es im konkreten Einzelfall sehr schwierig ist, einen Nachfolger für niedergelassene Haus- oder auch Fachärzte zu finden.« Den Schwarzen Peter will Frei aber bei der Politik nicht lassen. Wenn die KV darauf verweist, dass es zur Änderung des Status Quo einer politischen Lösung bedarf,



Thorsten Frei, CDU Foto: Koch

sieht Thorsten Frei in dieser Forderung »eine Nebelkerze«: »Schließlich legen die Ärzte die Bedarfsplanungsrichtlinie im Rahmen der Selbstverwal-

tung selbst fest. Genau auf dieses Prinzip der Selbstverwaltung pocht die Ärzteschaft immer und warnt die Politik zugleich vor einer Einmischung. Wenn es aber schwierig wird und unangenehme Entscheidungen zu treffen sind, soll es die Politik richten. Hier warne ich umgekehrt vor einem Exempel, das sonst auch weitere Bereiche in den Blick genommen werden könnten.« So könnte »ein möglicher grüner Gesundheitsminister »schnell auf



Derya Türk-Nachbaur von der SPD Foto: Türk-Nachbaur

kreative Ideen kommen«. Die Ärzteschaft müsse selbst Lösungen präsentieren. Er selbst stehe dazu »selbstverständlich« im regelmäßigen Austausch zur mit Bürgern, Krankenkassen und Ärzten, »um die drängenden Fragen des Gesundheitssystems auch nach Berlin und Stuttgart zu transportieren«.

Türk-Nachbaur: In manchen Orten ist es besorgniserregend

Derya Türk-Nachbaur, die als künftige SPD-Bundestagsabgeordnete auf dem Sprung nach Berlin ist, sieht den Trugschluss der Statistik: »Auf dem Papier sieht es tatsächlich so aus, als wäre unser Landkreis nicht vom Ärztemangel betroffen. Ein grundlegendes Manko bei dieser Betrachtung ist leider, dass die – zum Glück – gute ärztliche Versorgung im Oberzentrum und in Donaueschingen in die Gesamtberechnung des Bedarfs im ganzen Kreis heruntergebrochen wird. Dabei wird außer Acht gelassen, dass die medizinische Versorgung in Schönwald, Schönbach, Furtwangen et cetera besorgniserregend schlecht ist.« Während ihres Wahlkampfes habe sie mit vielen Bürgermeistern und Bürgern im Kreis über die medizinische Versorgung gesprochen: »Ein Großteil der Bürgerschaft macht sich ernsthaft Sorgen, die ich teile.« Ein realistischer Blick auf den tatsächlichen Bedarf sei nur möglich, wenn die Städte Villingen-Schwenningen, Donaueschingen und St. Georgen separat betrachtet würden und der Rest des Kreises in zwei bis drei Abschnitte ge-

teilt werde – »dann liegt der Ärztemangel ganz offensichtlich auf der Hand«. Und genau dies müsse in Zusammenarbeit mit der KV und den Kommunen erfolgen. »Das löst zwar das Nachwuchsproblem nicht, lässt aber erkennen, wo es genau eine Unterversorgung gibt. Die neuen Niederlassungen müssen konsequent in die unterversorgten Regionen gesteuert werden.« Auch staatliche Anreize könnten helfen, etwa eine Landarztquote wie in Sachsen-Anhalt, ein garantiertes Anfangsgehalt für Ärzte in Kliniken oder gute Notdienstorganisation. Und weil zunehmend Frauen Medizin studierten, sollten Gemeinschaftspraxen, die eine Work-Life-Balance eher ermöglichen, »im ländlichen Raum besonders gefördert werden.«

Bonath: Die häufigste Bürgeranfrage an ihn überhaupt

Kaum in der Politik angekommen, stellt auch der FDP-Landtagsabgeordnete Frank Bonath das Problem Ärztemangel im Schwarzwald-Baar-Kreis fest: »Das ist tatsächlich die häufigste Bürgeranfrage, die ich im Moment habe!« Besonders hierbei: Mittlerweile pochten zunehmend selbst Ärzte auf eine Lösung – manche beispielsweise



Frank Bonath, FDP Foto: Trenz

wollten aufstocken, dürften dies aber nicht. »Das Grundproblem ist: Wir haben zu wenige Ärzte.« Generell sei die Einflussmöglichkeit der Landespolitik beschränkt, aber an mindestens einer Stelle sieht er sie dann doch gefordert: Es mangle oft an entsprechenden Studienplätzen – und das sei ein Landesthema. Die Frage nach dem Numerus Clausus müsse gestellt werden. Und Bonath ist überzeugt davon: »Das Problem wird sich ja zuspitzen.« Insgesamt sei die medizinische Versorgung »auf jeden Fall überreguliert«.

Braun: Kassenärztliche Vereinigung hat auch Schuld am Desaster

Die Grünen-Landtagsabgeordnete Martina Braun sagt es ganz schonungslos: Die Kas-

senärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KV) trage eine Mitschuld an dem Desaster. Konkret: Sie stehe mancher Lösung in der Region hinderlich im Weg. Zwei Beispiele nennt Martina Braun im Gespräch mit unserer Redaktion: In Tuningen etwa solle im Marielehaus eine neue Praxis eingerichtet werden – die Gemeinde miete die Räume an und wolle an eine Ärztin vermieten. Frühestens zum 1. Juli 2022 aber sei die Praxis betriebsbereit – die KV jedoch weigere sich bislang, ihr den Praxissitz bereits jetzt zu garantieren, das sei lediglich sechs Monate vorab machbar. Die Ärztin aber brauche Planungssicherheit. Der zweite Fall betreffe Schönwald, hier habe sich eine dringend notwendige Lösung, um die die Gemeinde

mit ihrem Bürgermeister Christian Wörpel schon lange ringe, offenbar zerschlagen – »eine Ärztin wollte kommen und kommt jetzt doch nicht.« »Ich weiß nicht, wieviele Stunden ich schon mit der KV



Martina Braun von den Grünen Foto: Braun

telefoniert habe wegen dieser beiden Fälle«, sagt Braun. Beide Orte seien nicht im Fördergebiet »Ziel und Zukunft«, das

Anschubfinanzierungen für Ärzte ermögliche. »Es ist wirklich die Kassenärztliche Vereinigung, die nicht mal die Kompromisse eingeht.«

Notwendig sei es, die Gebietsabgrenzungen für Fördergebiete neu vorzunehmen. Generell sehe sie, so Braun, »sehr wohl diesen Mangel«. Die Zahlen der KV überraschten, wenn darin zu lesen sei, dass nur im Bereich Hals-Nasen-Ohrenarzt und Jugendpsychiater nicht für den Aufbau neuer Praxen gesperrt sei. Dabei höre sie so oft, dass es etwa an Frauenärzten mangle oder an Kinderärzten. »Aus meiner Sicht haben wir eine Unterversorgung«, sagt die Grüne – eine Ansicht, die viele unserer Leser teilen, die seit Wochen immer wieder Beispiele anführen, die den Ärztemangel im Kreis belegen.

Sparen macht Spaß!



Vom 25.10. bis 29.10.2021 belohnen wir alle fleißigen Sparer mit einem tollen Geschenk. Außerdem bieten wir ein attraktives Sparprodukt für Kinder und Jugendliche!



**Sparkasse
Schwarzwald-Baar**



Sparschwein vorbeibringen und Biene Lina mitnehmen.

spk-swb.de/weltspartag